

Kurzberichte aus Praxis und Forschung

Gerd Tönnies

EUREK-Forum „Für eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung des europäischen Raumes – Von Prinzipien zu einer besseren Praxis“

Europäisches Raumentwicklungskonzept

Beiträge zum Europäischen Raumentwicklungskonzept (EUREK) hatten in den beiden letzten Jahren Hochkonjunktur. Am 2. und 3. Februar 1993 fand in Brüssel ein mit über 600 Teilnehmer(inne)n aus allen EU-Staaten, der Schweiz und Norwegen sowie zahlreichen mittel- und osteuropäischen Staaten außerordentlich gut besuchtes Forum statt, das eine Zäsur im EUREK-Prozeß darstellt. Der Schwerpunkt der weiteren Überlegungen und Aktivitäten wird in Zukunft mit eindeutigem Vorrang auf der Anwendung bzw. „Umsetzung“ des EUREK liegen. Auch wenn der EUREK-Prozeß weitergeht, dürfte damit die konzeptionelle Diskussion zu einem – zumindest vorläufigen – Abschluß (ge)kommen (sein). Im folgenden soll kurz auf zentrale Aussagen und Ergebnisse des „Brüsseler Gipfels“ hingewiesen werden, die sich vor allem auf die Grundsatzvorträge und erste Schlußfolgerungen beziehen.

Nach einem langjährigen Diskussions- und Erarbeitungsprozeß konnte im Juni 1997 unter niederländischer Ratspräsidentschaft in Noordwijk ein erster offizieller Entwurf des EUREK vorgelegt werden, der nicht nur in Stellungnahmen des Europäischen Parlaments, des Ausschusses der Regionen oder des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Europäischen Gemeinschaften, sondern auch in den anschließend europaweit geführten nationalen EUREK-Debatten – in Deutschland z. B. Stellungnahmen des Beirats für Raumordnung und der ARL – bei manch kritischer Anregung eher im fachlichen Detail auf relativ breite grundsätzliche Zustimmung stieß.

Der gesamte Diskurs mündete im April 1998 (Aufgaktkonferenz in Berlin) in eine komprimierte, themen- und politikorien-

tierte Bündelungsphase, während der im Rahmen von sieben transnationalen Seminaren bis zum November einzelne Handlungsfelder bzw. Politikleitlinien mit Schlüsselfunktion für die Raumentwicklung in Europa behandelt wurden:

- Verkehr und Telekommunikation (in Neapel im Mai)
- das europäische Städtesystem (in Lille im Juni)
- Wasserwirtschaft zur Flut- und Dürrebekämpfung (in Saloniki im Juli)
- Innovation und Wissen (in Manchester im September)
- Partnerschaft zwischen Stadt und Land (in Salamanca im Oktober)
- Erhaltung und Entwicklung des Naturerbes (in Göteborg im Oktober)
- Zusammenarbeit in der Regional- und Raumentwicklung im Rahmen der Erweiterung der Europäischen Union (in Wien im November).

Das Seminar in Wien widmete sich im Unterschied zu den anderen nicht nur einem Thema; es hatte vielmehr zum Ziel, den möglichen Beitrag des EUREK im Zusammenhang mit der Erweiterung der Union auszuloten. Die Diskussion führte zu dem Beschluß, ein separates Kapitel zur Erweiterung in das EUREK-Abschlußdokument einzubeziehen. Grundlagen hierzu werden eine von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebene Studie sowie die Ergebnisse der Diskussion mit den Beitrittsstaaten im Rahmen des Ausschusses für Raumentwicklung und des Wiener Seminars bilden. Die „endgültige“ Fassung des ersten Europäischen Raumentwicklungskonzeptes soll am 10./11. Mai 1999 unter deutscher Ratspräsidentschaft auf einem informellen Ministertreffen in Potsdam vorgelegt werden.

EUREK-Forum in Brüssel

Die Ergebnisse dieser breit angelegten und thematisch weit gefächerten öffentlichen Debatten über die europäische Raumentwicklung(spolitik) sollten im Verlauf des von der Europäischen Kommission organisierten Forums auf der Grundlage einer Ergebnisdarstellung zusammenfassend diskutiert und bewertet werden. Weitere Arbeitsschwerpunkte bezogen sich zum einen auf eine erste Bewertung der praktischen Anwendung des EUREK im Rahmen des INTERREG II C-Programms, der Pilotaktionen nach Art. 10 des EFRE sowie des TERRA-Programms und zum anderen auf eine erste Erörterung der raumrelevanten Auswirkungen der EU-Politiken.

Die Zukunft gestalten – Das Europäische Raumentwicklungskonzept

Das erste Einführungsreferat hielt Dr. Monika Wulf-Mathies, Mitglied der Europäischen Kommission. Als zentrale Herausforderungen der gesamteuropäischen Entwicklung nannte sie die weltweiten Tendenzen der Globalisierung, die Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Erweiterung der Europäischen Union. Die allgemeine Zunahme der ökonomischen Verflechtungen und der Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft bewirkten eine tiefgreifende Umgewichtung der Standortfaktoren und führten weg von den klassischen „harten“ (z. B. geographische Lage, Bodenschätze, Infrastruktur) und hin zu neuen „weichen“ Standortfaktoren wie Wissensbasis, Qualifikation der Beschäftigten/Humankapital oder Innovations- und Anpassungsfähigkeit von Regionen.

Um neuen Ungleichgewichten und Disparitätenmustern vorzubeugen, dürfe allerdings der soziale Zusammenhalt keinesfalls

vernachlässigt und müsse die (wirtschaftliche) Leistungsfähigkeit als wichtige Basis des europäischen Gesellschaftsmodells erhalten werden. Hierbei besäßen die Beschäftigungspolitik bzw. der Abbau der Arbeitslosigkeit erste Priorität. Die wahre Stärke einer Volkswirtschaft bestehe darin, sich sozialverträglich an neue Herausforderungen anzupassen sowie Wettbewerbsfähigkeit und Innovation mit sozialer Kohäsion zu verbinden.

Wulf-Mathies hob weiterhin hervor, daß sie von der europäischen Raumentwicklungspolitik Entscheidungshilfen zur Integration der drei grundlegenden Ziele (des EUREK)

- wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt,
- Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen,
- ausgeglichene Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Raum

im Rahmen regionaler und transnationaler Entwicklungsprozesse erwarte. Die regionale Dimension müsse gleichermaßen von den Fachpolitiken der Mitgliedstaaten wie von den Gemeinschaftspolitiken stärker berücksichtigt werden. Als übergeordnetes Entwicklungsziel sei hierbei – wie im Vertrag von Amsterdam festgelegt – von der nachhaltigen (Raum-)Entwicklung auszugehen. Keinesfalls dürften Raumordner jedoch anspruchsvolle Konzepte lediglich erarbeiten und „abliefern“; sie müßten sie auch umsetzen.

Hinsichtlich dieser für die europäische Raumentwicklungspolitik grundlegenden Frage plädierte die Kommissarin allerdings gleichzeitig für eine Sicht des EUREK als eher begleitendes denn Handlungsanweisungen gebendes „Instrument“. Es solle Orientierungen für raumwirksame Entscheidungen und die Aufstellung regionaler Entwicklungsprogramme vermitteln, ohne in bestehende Kompetenzstrukturen einzugreifen. Zudem sei Raumentwicklungspolitik kein Ersatz für eine konsequente Regional- und Kohäsionspolitik.

Die Kommission habe bereits verschiedene Anstrengungen unternommen, um die Leitziele des EUREK in die regionalpolitische Praxis umzusetzen, z. B. bei der Planung transeuropäischer Netze, bei der Kohäsionspolitik (Anschluß der peripheren Regionen an die europäischen Wachstumszentren), in der Forschungs- und Technologiepolitik (räumliche Dezentralisierung bzw. dezentrale Konzentration) sowie der Agrar- und Städtepolitik (nach-

haltige Stadt-Umland- und Stadt-Land-Entwicklung).

Wulf-Mathies sprach sich weiterhin für eine wirksamere Überprüfung der Implementation, Durchführung und Erfolgskontrolle von Entwicklungs- und Kooperationsprogrammen aus. Sie forderte eine neue Evaluationskultur, durch die die Wirksamkeit und die Zielgenauigkeit der Programme verbessert werde, und trat für die strikte Verwendung aussagekräftiger Indikatoren sowie Meß- und Bewertungsverfahren ein. Hierbei sah sie gute Chancen für die Einbeziehung raumentwicklungspolitischer Aspekte in den Evaluierungsprozeß.

Nach den bisherigen Erfahrungen seien die sieben INTERREG II C-Programme zur Stimulierung und Vertiefung der transnationalen Zusammenarbeit im Bereich der Raumentwicklung erfolgreich angelaufen. Außerdem seien raumentwicklungsrelevante Pilotaktionen nach Art. 10 des EFRE finanziert worden. Wo der Aufbau funktionierender Partnerschaften zwischen lokalen, regionalen und nationalen Gremien gelinge, könnten – wie etwa im Ostseeraum – wichtige (regional-)entwicklungspolitische Synergieeffekte freigesetzt werden (z. B. Hafententwicklung zugunsten touristischer Aktivitäten, Forschungs Kooperation, Ver- und Entsorgung). Vieles spräche dafür, die eingeleiteten und weitere interregionale Netzwerke im Rahmen von INTERREG III zu vertiefen bzw. neue zu entwickeln.

Zum Abschluß sprach sich Wulf-Mathies für die Erhaltung der regionalen und kulturellen Vielfalt in Europa aus. Die Vielfalt der Entwicklungspotentiale sei eine wichtige Voraussetzung für die Innovations- und Wirtschaftskraft Europas und damit für den Wohlstand und die Lebensqualität seiner Bürger(innen). Bei der nachhaltigen Entwicklung des (gesamten) europäischen Raumes (Europarat, Osterweiterung) besitze der – offene – EUREK-Prozeß eine wichtige Orientierungsfunktion.

Europäische Raumordnung

Unter diesem Titel stand der zweite Vortrag der Eröffnungssitzung, den der deutsche Minister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Franz Müntefering, hielt. Deutschland hat derzeit die Ratspräsidentschaft in der EU inne.

Der Minister hob zunächst hervor, daß sich Mitgliedstaaten und Kommission im EU-

REK auf das Leitprinzip einer „Nachhaltigen Entwicklung“ der europäischen Städte und Regionen verständigt hätten. Dieses verbinde gleichermaßen soziale, ökonomische und ökologische Aspekte. Entscheidend sei die unter entwicklungspolitischer Zielsetzung richtige Kombination im jeweiligen – globalen, regionalen oder lokalen – Anwendungsfall.

Im Rahmen dieses Zieldreiecks sehe die deutsche EU-Präsidentschaft einen besonderen Handlungsschwerpunkt darin, auf dem Weg zu einer Sozialunion möglichst weit voranzukommen. Im Mittelpunkt stehe die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der EU, zu der auch eine zukunftsfähige Stadt- und Regionalentwicklungspolitik ihren Beitrag leisten müsse. Der Hinweis im EUREK auf die Notwendigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Regionen in einer zunehmend globalisierten Welt zu stärken, sei zu begrüßen.

Hierbei müßten jedoch die regionalen Arbeitsmärkte auch in den ländlichen und peripheren Räumen funktionsfähig erhalten und gestärkt werden – nicht zuletzt, damit möglichst viele Menschen dort Beschäftigung fänden, wo sie lebten. Keinesfalls dürfe ein zentraler, hochentwickelter und voll in das Netz der weltwirtschaftlichen Verflechtungen integrierter europäischer Kernraum¹, in dem auf 20 % der Fläche 40 % der EU-Einwohner lebten und 50 % des gesamten Bruttoinlandsproduktes der Gemeinschaft erwirtschafteten, die übrigen Teile des Unionsgebietes dominieren. Gerade der durch den Wegfall der Grenzen und die Einführung einer einheitlichen Währung abermals forcierte Standortwettbewerb berge politischen Sprengstoff und könnte dazu führen, daß sich viele Regionen als Verlierer der europäischen Entwicklung fühlten. Die einzig richtige Zukunftsoption sei daher – wie im EUREK gefordert und expliziert – eine räumlich ausgewogenere Entwicklung der Union. Hierbei gehe es um gleichwertige und nicht um gleichartige Lebensbedingungen.

Um regionale Ausgewogenheit, die eine zukunftsorientierte Wirtschaftsentwicklung und stabile Arbeitsmärkte voraussetze, zu sichern oder zu erzielen, sei es notwendig, so Müntefering, die verschiedenartigen Unternehmenskulturen in Europa als Chance zu begreifen und die jeweiligen Potentiale gezielt zu bündeln. Kleinen und mittleren Unternehmen mit hochqualifizierten Mitarbeiter(inne)n komme generell und speziell in strukturschwachen, ländlichen, peripher gelegenen Regionen eine herausragende Bedeutung für die Stabilität und

Funktionsfähigkeit der Arbeitsmärkte zu. Ihre Bedeutung werde in Zukunft sogar noch zunehmen.

Der deutsche Verkehrs- und Bauminister hob die mit dem Europäischen Forum verbundene Zäsur im EUREK-Prozeß hervor: Gewissermaßen unter dem Motto „Von der Erarbeitung und Diskussion zur Anwendung“ gehe es nunmehr darum, Ideen, Impulse und konkrete Vorschläge für die Umsetzung des Dokumentes zu geben. Hierbei müsse ebenso kreativ wie zielorientiert mit den vier unvermeidlichen Spannungsfeldern jeglicher Raumentwicklungspolitik:

- Verhältnis vertikal orientierter Fachpolitiken zur Notwendigkeit horizontaler Vernetzung,
- Ausgleich zwischen prosperierenden Zentren und strukturschwachen, z. T. peripheren Regionen,
- Ausgleich zwischen dem „freien“ Spiel der (markt-)wirtschaftlichen Kräfte und einer am Ziel gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilgebieten orientierten Raumpolitik sowie
- Verhältnis zwischen (durchsetzungs-) starken Fachpolitiken und ideenreicher, aber „mittelloser“ und schwach implementierter bzw. instrumentierter Raumentwicklungspolitik

umgegangen werden.

Das EUREK – von Anbeginn als rechtlich nicht bindendes Dokument konzipiert – schreibe keinem Mitgliedstaat vor, in welcher Form er diese Raumentwicklungsperspektive national umsetzen solle. Um so mehr seien nun jedoch die nationalen Raumordnungsbehörden und die EU-Kommission gefordert, anwendungsorientierte Konzepte zu entwickeln. Eine zentrale Bedeutung komme im Zusammenhang mit der Anwendung des EUREK der transnationalen Zusammenarbeit zu. Sie könne, wie das Beispiel des grenzüberschreitenden Wissenschafts- und Gewerbeparks „Avantis“ zwischen Aachen und Heerlen (NL) zeige, zugleich zu positiven Arbeitplatzeffekten führen. Ein weiterer wichtiger „Umsetzungs“aspekt sei die frühzeitige Berücksichtigung raumentwicklungspolitischer Ziele bei der Formulierung und Bewertung der gemeinschaftlichen Fachpolitiken. Schließlich könnten die Regionen durch einen europaweiten Wettbewerb „Zukunftsfähige Region Europas“ zur eigenverantwortlichen Übernahme und Anwendung der EUREK-Prinzipien motiviert werden. Die transnationale Kooperation sollte im Rahmen der neuen Gemeinschaftsinitiative INTERREG III fortge-

führt und die Beitrittskandidaten auch in Zukunft mit einbezogen werden

Zum Abschluß seines Vortrages zeigte Müntefering die Breite des Spannungsbzw. Wirkungsfeldes der Raumentwicklungspolitik auf: Sie könne entweder langweilig und wirkungslos oder aber Ideenstifter und „Leithammel“ für die Fachpolitiken sein. Eine Entscheidung tue not.

Weiterer Verlauf

Im weiteren Verlauf des Forums fanden drei Sitzungen zu folgenden Themenbereichen statt:

- „Das EUREK – Strategische Ausrichtungen für eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung des europäischen Raumes?“ (Diskussion der Resultate der transnationalen Seminare hinsichtlich der europarelevanten Themen der Raumentwicklung. Die Ergebnisse sollen in die Überarbeitung des EUREK einfließen.),
- „Raumentwicklung in der Praxis“ (Zusammenfassung der Workshops zu den INTERREG II C-Programmen, den Pilotaktionen nach Art. 10 des EFRE und den ersten Erfahrungen aus dem TERRA-Programm. Aus den Erfahrungen mit der praktischen Anwendung raumentwicklungspolitischer Prinzipien bei den Strukturfonds sollen Hinweise für die Ausgestaltung der neuen Gemeinschaftsinitiative des Regionalfonds abgeleitet werden.) und
- „Raumentwicklung und Gemeinschaftspolitiken“ (Diskussion über den ersten Bericht der Kommissionsdienste über den räumlichen Einfluß der Gemeinschaftspolitiken. Die Resultate sollen als Grundlage für eine Beratung über mögliche Maßnahmen dienen, die eine bessere Berücksichtigung räumlicher Gegebenheiten und Politikaspekte gewährleisten sollen.)

Sie wurden jeweils durch eine Reihe von Impulsstatements und -referaten zu einzelnen Diskussionspunkten eingeleitet und im Rahmen hochkarätig besetzter Round-Table-Gesprächsrunden im Hinblick auf Fach- und Anwendungsaspekte vertieft.

Schlußfolgerungen

Die Ergebnisse des Forums wurden von Ministerialdirektor Ulrich Schüller, BMVBW Bonn, und Direktor Jean-Charles

Leygues, Generaldirektion XVI der Europäischen Kommission, zusammengefaßt.

Aus der Sicht der deutschen Ratspräsidentschaft hob Schüller hervor, daß der dem EUREK zugrundeliegende integrierte Ansatz einer räumlich und wirtschaftlich ausgewogenen, nachhaltigen Entwicklung durch die Konferenz bestätigt wurde. Leitbild für die räumliche Entwicklung der EU sei das polyzentrische Entwicklungsmodell (s. o. „Traube“), das zugleich die eigenständige Entwicklung aller Regionen, auch und gerade der Randregionen, sichere. Zudem herrsche Einigkeit darüber, daß keiner Region ein bestimmter Entwicklungspfad „von oben“ vorgegeben werden dürfe (endogene Regionalentwicklung, EUREK ist kein zentraler Entwicklungsplan). Vielmehr müsse jede Region Anstrengungen unternehmen, ihre Entwicklungspolitik eigenständig innerhalb des Zieldreiecks Wirtschaftsunion – Sozialunion – Umweltunion zu finden und ihre jeweilige Identität mit „Kreativität von unten“ weiterzuentwickeln.

Das EUREK müsse darüber hinaus zu einem wesentlichen Element für das Europa der Regionen und das Europa der Bürger(innen) werden. Dies könne beispielsweise durch bürgernahe Vor-Ort-Projekte oder den von Bundesminister Müntefering vorgeschlagenen europaweiten Wettbewerb der Regionen um die beste Anwendung des EUREK befördert werden.

Die Anwendung des EUREK müsse auch im Mittelpunkt der künftigen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten stehen. Die Kooperation der Raumordnungsbehörden untereinander sei zu intensivieren und stärker mit den raumrelevanten Fachpolitiken – etwa in Fachministerräten – zu verzahnen. Eine Voraussetzung hierfür stelle die Etablierung des Netzwerkes raumwissenschaftlicher Forschungseinrichtungen in Europa dar (ESPON), in das das bereits existierende MOE-Netzwerk mit Sekretariat in Dresden nach Möglichkeit einzubeziehen sei.

Bei der Konzipierung der neuen Gemeinschaftsinitiative INTERREG III sollte der im Rahmen des Forums unterbreitete Vorschlag aufgegriffen werden, nicht nur die Zusammenarbeit der Grenzregionen, sondern auch diejenige der Binnenregionen der Gemeinschaft zu unterstützen.

Die als sehr wichtig herausgestellte Zusammenarbeit mit den Beitrittsstaaten solle im Rahmen gemeinsamer Projekte intensiviert werden. Die Vertreter(innen) der Beitrittskandidaten äußerten auch im Rahmen die-

ser Konferenz ihr Interesse an konkreten, projektbezogenen Kooperationen. An die Kommission wurde die Bitte gerichtet, einfachere Kofinanzierungsmöglichkeiten bei PHARE und TACIS zu entwickeln. Darüber hinaus wurde in europaweiter Perspektive gefordert, die Zusammenarbeit auch mit dem Europarat zu verstärken (Konferenz der europäischen Raumordnungsminister am 7. und 8. September 2000 im Rahmen der EXPO in Hannover).

Schüller schloß mit dem Appell, von nun an die Anwendung des EUREK in den Mittelpunkt der Raumentwicklungspolitik der Mitgliedstaaten zu stellen und die Zukunftsfähigkeit der Regionen durch integrierte Politik zu verbessern. Für den EUREK-Prozeß insgesamt wäre es ein großer Gewinn, wenn bereits auf der Konferenz im Mai in Potsdam erste Vorstellungen zur Anwendung der Rahmenkonzeption präsentiert werden könnten. Diese ließen sich dann auf dem nächsten Ministertreffen in Finnland zu einem Katalog anwendungsorientierter „best practices“ verdichten.

Fazit

Damit ist der EUREK-Prozeß an einem wichtigen Wendepunkt angelangt. Wenn es nach all den Jahren konzeptioneller Arbeit und europaweiter Debatten nicht gelingen sollte, zu überzeugenden Erfolgen bei der Erarbeitung und Verwirklichung europabezogener integrierter Regionalentwicklungskonzepte in den Mitgliedstaaten und zu einer stärkeren Berücksichtigung der räumlichen Dimension bei den wichtigsten raumrelevanten EU-Fachpolitiken zu kommen, wäre letztlich der gesamte Prozeß unter dem bewertenden bzw. ex-post-evaluativen Motto „Much ado about nothing“ abzubuchen. Damit wäre sicherlich auch – und wohl für eine längere Zeit – die Grundfrage der Verortung der Raumordnung und Raumentwicklungspolitik in dem von Minister Müntefering angesprochenen dichotomen Spannungsfeld zwischen „Leithammel“ für die Fachpolitiken sowie langweiliger und wirkungsloser globaler Rahmenpolitik „geklärt“.

Eine positive Entwicklung wird sich nur durch die konsequente „Europäisierung“ der nationalen Raumordnungspolitik erreichen lassen. In Deutschland ist diese Forderung vor allem an die mit planerischer Vollkompetenz ausgestattete Landesplanung zu richten, die vor dem Hintergrund der neuen Rahmensetzung und Leitvorstellung einer nachhaltigen Raumentwicklung

(ROG § 1 Abs. 2) ihr Zielsystem ohnehin zukunftsorientiert reformulieren muß.

Hierbei wäre eigentlich nur als zentraler Aspekt zu berücksichtigen, daß eine nachhaltige Landes- und Regionalentwicklungspolitik in allen Ländern; und keineswegs nur in den großen und bevölkerungsreichen Flächenstaaten wie Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen, ohne die Einbeziehung der europäischen Dimension sowie der Erfordernisse transnationaler und transregionaler Zusammenarbeit schlechterdings nicht denkbar ist.

In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß sich die Länder bereits bei der Gründung des Ausschusses für Raumentwicklung (CSD, 1991) verpflichtet haben, in ihren Landesentwicklungsplänen und -programmen der europäischen Entwicklung – und damit den Beratungsergebnissen der informellen Raumordnungsministertreffen sowie des CSD – eine größere Bedeutung beizumessen. Voraussetzung für die frühzeitige und sachgerechte Berücksichtigung von Aspekten und Ergebnissen der europäischen Kooperation im Bereich der Raumentwicklungspolitik ist allerdings eine enge Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern, gewissermaßen im Rahmen einer Gemeinschaftsaufgabe „Nachhaltige Raumentwicklung in Europa“. Ein Beitrag könnte die „Überwindung der inselhaften Betrachtung sein, die auch aktuellen Plänen in Deutschland vielfach zugrunde liegt“².

Insgesamt erweist sich damit die Europäisierung der Landes- und Regionalplanung ebenso als Gebot der Stunde wie die regionalwissenschaftlich fundierte Verräumlichung der EU-Fachpolitiken.

Anmerkungen

(1)
Vgl. die Fruchtmetapher der in Fachkreisen sog. „Blauen Banane“ mit der Konzentration des Bevölkerungs- und Wirtschaftspotentials – sowie der Umweltprobleme – im Sechseck London, Paris, Mailand, München, Rhein-Ruhr, Randstad, zu der die ARL bereits 1989 das Gegenmodell einer ausgewogenen, dezentralen und gleichwertigen Entwicklung und Kooperation der Städte und Regionen in Europa entworfen hat [ARL (Hrsg.): NACHRICHTEN, Nr. 48 (1989), S. 2–8; Kunzmann und Wegener verwenden in diesem Zusammenhang das Fruchtbild „Traube“].

(2)
Vgl. Selke, Welf: Aufgaben der Landes- und Regionalplanung (zur Veröffentlichung im ARL-Grundriß der Landes- und Regionalplanung vorgesehenes Manuskript, erscheint 1999)

Dr. Gerd Tönnies
Akademie für Raumforschung
und Landesplanung (ARL)
Hohenzollernstraße 11
30161 Hannover